

Bericht: Neue Hinweise auf MAD-Verwicklung bei G36-Affäre

Berlin, 10.06.2015, 00:00 Uhr

GDN - In der Affäre um das Sturmgewehr G36 gibt es offenbar neue Hinweise, dass der Militärische Abschirmdienst (MAD) entgegen bisherigen Darstellungen tatsächlich eingesetzt worden sein könnte, um die Weitergabe vertraulicher Informationen an Journalisten zu untersuchen. Bereits Ende des vergangenen Jahres habe ein Beamter der Wehrtechnischen Dienststelle 91 (WTD) in einer internen Anhörung über eine Besprechung beim damaligen Logistikamt der Bundeswehr berichtet, die für Ende 2011 angesetzt gewesen sei und bei der es um Ergebnisse zum Treffverhalten des Gewehrs gehen sollte, berichtet die "Süddeutsche Zeitung".

Zu dieser Besprechung habe sich "kurioserweise ein Journalist" angekündigt, der aber nicht zugelassen worden sei, sagte der Beamte laut Niederschrift der Anhörung. "In einer späteren Untersuchung durch den MAD" sei dann ermittelt worden, "durch wen" der Journalist "die Information erhalten hat", so der Beamte laut Dokument. "In der Folge wurde vereinbart, Informationen nur noch über private E-Mail-Postfächer auszutauschen. Solange diese Vereinbarung eingehalten wurde, sind auch keine Informationen an die Presse gelangt." Zu der Anhörung des Beamten kam es, weil 2014 offenbar interne Kritiker des G36 systematisch zur Rede gestellt worden waren, schreibt die SZ. Die Aussagen des Beamten stehen in Widerspruch zu bisherigen Angaben des Verteidigungsministeriums. So hatte der Parlamentarische Staatssekretär Markus Grübel (CDU) in einer Antwort auf eine parlamentarische Frage erst kürzlich geschrieben: "Der MAD hat im gesamten Kontext der G36-Thematik ohne zeitliche Eingrenzung keine eigenen Ermittlungen oder Untersuchungen durchgeführt; er war an Ermittlungen oder Untersuchungen anderer nicht beteiligt; er war hierzu nicht beauftragt worden." Das Ministerium blieb laut SZ trotz der neuen Hinweise bei seiner Darstellung, wonach der MAD nicht tätig geworden sei: Man habe bei dem Dienst angefragt und ausdrücklich versichert bekommen, dass es keine Befassung im Umfeld des G36 gegeben habe. Bei der in dem Dokument festgehaltenen Aussage des Beamten handele es sich "offensichtlich um eine falsche einzelne Wahrnehmung", sagte ein Sprecher. Vor diesem Hintergrund forderten die Grünen erneut einen Untersuchungsausschuss. "Hat das Verteidigungsministerium uns die Unwahrheit gesagt oder nicht? Schon wieder kommen wir an einen Punkt, wo Aussage gegen Aussage steht und offensichtlich wird, dass der Verteidigungsausschuss diese Vorgänge nicht aufklären kann", sagte die Grünen-Verteidigungsexpertin Agnieszka Brugger. "Nur ein Untersuchungsausschuss kann hier die Wahrheit ans Tageslicht befördern." Der Linken-Abgeordnete Jan van Aken sagte mit Bezug auf die Aussage des WTD-Beamten, unter Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) sei "gelogen worden, und das müssen wir jetzt aufklären". Vorwürfe erhob die Opposition zudem wegen einer weiteren neuen Erkenntnis zu den Vorgängen rund um das G36. So gab es für ein zentrales Gutachten zum G36 offensichtlich nie einen schriftlichen Untersuchungsauftrag. Wie das Ministerium dem Verteidigungsausschuss mitteilte, wurde das Fraunhofer Ernst Mach Institut 2013 lediglich "nach mündlicher Absprache" zwischen dem damaligen Institutsleiter und dem damaligen Leiter der Rüstungsabteilung mit einer Untersuchung des umstrittenen Gewehrs beauftragt.

Bericht online:

<https://www.germailynews.com/bericht-55868/bericht-neue-hinweise-auf-mad-verwicklung-bei-g36-affaere.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619